

10

INKLUSION

» Welche Maßnahmen planen Sie, damit Kinder und Jugendliche, egal ob mit oder ohne Behinderung, die gleichen Chancen haben, und welche weiteren Schritte auf dem Weg zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe planen Sie, umzusetzen? «



wir die Mindestausbildungsvergütung anheben. Wichtig ist auch eine bezahlbare Wohnung. Wir werden das Bundesprogramm Junges Wohnen fortsetzen und aufstocken.

Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können. Auch die Umsetzung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe wollen wir konsequent weiter vorantreiben, damit sich die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie ihren Familien deutlich verbessert.

Freiwillige Handwerksjahr. Für eine faire Entlohnung der jungen Menschen haben wir die Mindestausbildungsvergütung eingeführt.

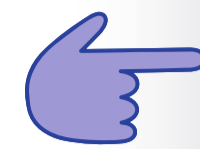
Kinder und Jugendliche, egal ob mit einer oder ohne eine Behinderung, sollen die bestmögliche Unterstützung erhalten. Deshalb entwickeln wir die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, damit Hilfe einfacher bei jungen Menschen ankommt. Das wollen wir so gestalten, dass Kinder und Jugendliche sich sicher fühlen und wissen, dass die Angebote verlässlich sind. Für alle Kinder und Jugendlichen, die auf psychosoziale Unterstützungsangebote angewiesen sind, wollen wir die Angebote ausbauen. Zudem müssen die für Kinder und Jugendliche zuständigen Einrichtungen wie Schule, Jugend- und Eingliederungshilfe besser miteinander arbeiten.

Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein. Mit dem Gesetzesentwurf des BMFSJ für ein inklusives Kinder- und Jugendhilfegesetz wurde ein wertvolles Fundament geschaffen, um die Lebensrealitäten junger Menschen mit und ohne Behinderung anzugleichen. Besonders hervorzuheben sind die zentrale Anlaufstelle für alle Kinder und Jugendlichen sowie die individuelle Förderung, die eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Darauf bauen wir auf. Es braucht sozial diverse und inklusive Schulen, in denen junge Menschen so lange wie möglich gemeinsam lernen. Mit gezielten Investitionen in Bildung wollen wir moderne, barrierefreie Schulgebäude und zusätzliche Stellen in der Schulsozialarbeit schaffen, um Chancengerechtigkeit voranzubringen.

11

KINDER- UND JUGENDARMUT

» Was werden Sie gegen die hohe Kinder- und Jugendarmut unternehmen, damit alle die gleichen Chancen im Leben haben? Unterstützen Sie eine Kindergrundsicherung, die vor Armut schützt? «



Wir wollen Kinder- und Jugendarmut wirksam bekämpfen. Dafür setzen wir auf die Verbindung von guter Bildung und Betreuung und die Weiterentwicklung von Geldleistungen. Kitas und Schulen in benachteiligten Lagen wollen wir mit zusätzlichen Mitteln gezielt fördern. Kinder und Jugendliche sollen in ihren Bildungseinrichtungen auch ein gesundes, kostenloses Mittagessen erhalten. Wir wollen, dass arbeitende Eltern mit geringen Einkommen nicht auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sind. Dafür wollen wir in der Kombination von Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld sorgen. Diese Leistungen sollen künftig noch besser als bisher zugänglich sein – durch eine zentrale Anlaufstelle und einfachere, digitale Antragsmöglichkeiten.

CDU und CSU setzen sich für die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut ein, um allen jungen Menschen gleiche Chancen im Leben zu bieten. Konkrete Maßnahmen umfassen die Förderung von Bildungs- und Betreuungsangeboten, die Unterstützung von Familien durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gezielte finanzielle Hilfen und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Durch diese Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Möglichkeiten haben.

Mit der von uns angestoßenen breiten öffentlichen Debatte über Kinder- und Jugendarmut ist es uns gelungen, dass jetzt mehr Familien als bisher die ihnen zustehenden Leistungen tatsächlich beantragen und erhalten. Zu viele Kinder leben in Deutschland jedoch nach wie vor in Armut bzw. sind von Armut gefährdet. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, Kinderarmut zu bekämpfen, Familien und ihre Kinder zu stärken und vor Armut zu schützen. Wir arbeiten weiter an der Kindergrundsicherung: Dafür werden wir Leistungen weiter bündeln, Antragsverfahren verschlanken, digitalisieren und stetig automatisieren. Auch werden wir neu ermitteln, was Kinder und Jugendliche zum Leben brauchen und insbesondere Alleinerziehende entlasten.

12

SELBSTBESTIMMUNG

» Wie werden Sie junge Menschen, besonders queere Jugendliche, unterstützen, damit sie selbstbestimmt in Familie und Freundschaften aufwachsen und leben können? «



Wir wollen, dass Jugendliche stark, sicher und gewaltfrei aufwachsen. Jede*r soll ohne Angst verschieden sein dürfen. Deshalb setzen wir uns ein für gesellschaftlichen Fortschritt, für gleiche Rechte und Chancen von Frauen und Männern. Für Vielfalt und Toleranz. Damit für alle klar ist, dass queere Menschen selbstverständlich mit dazu gehören – ob in der Familie, in der Schule oder sonst wo – wollen wir das Grundgesetz entsprechend ändern: Eine Diskriminierung soll künftig ausdrücklich verboten sein. Auch für queere Jugendliche, die etwa Schwierigkeiten mit ihrem Coming-out haben, wollen wir den Aktionsplan „queer Leben“ weiterentwickeln. Zudem stehen wir weiter hinter dem Selbstbestimmungsgesetz. Ein Zurück wird es mit uns nicht geben.

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass alle jungen Menschen, auch queere Jugendliche, in einem sicheren und unterstützenden Umfeld aufwachsen können. Konkrete Maßnahmen umfassen die Förderung von Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogrammen in Schulen und Jugendeinrichtungen, um Akzeptanz und Toleranz zu stärken. Zudem werden wir Beratungs- und Unterstützungsangebote für queere Jugendliche und ihre Familien ausbauen. Durch diese Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass alle jungen Menschen die Möglichkeit haben, selbstbestimmt und frei von Diskriminierung in Familie und Freundschaften zu leben.

Wir fordern, dass alle jungen Menschen, insbesondere queere Jugendliche, in einem Umfeld aufwachsen können, das ihre Selbstbestimmung und Vielfalt wertschätzt. Dafür stärken wir Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche und ihre Familien. Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ setzen wir Schwerpunkte in der Kinder- und Jugendhilfe und verankern die Akzeptanz queeren Lebens. Zielgerichtete Aus- und Fortbildungen befähigen Fachkräfte, ein diskriminierungsfreies Umfeld zu schaffen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen fördern wir die Sichtbarkeit von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Bildungsplänen, Freizeitangeboten und Jugendarbeit. Besonders im ländlichen Raum stärken wir Projekte, die queere Jugendliche unterstützen.

13

KLIMAPOLITIK

» Die Freiheitsrechte junger Menschen jetzt und in Zukunft wurden im Klimaschutzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts bestätigt. Was tun Sie, damit die völkerrechtlich verbindlichen Klimaziele von Paris eingehalten werden und junge Menschen auch in Zukunft in einer lebenswerten Welt leben können? «



Wir als SPD stehen zu 100 % hinter den deutschen und europäischen Klimazielen. Erreichen wollen wir sie, indem wir Klimaschutz neu denken: Klimaschutz muss für alle funktionieren, egal wie viel Geld man hat oder wo man wohnt. Das heißt auch: Es ist Job des Staates, jedem Menschen die Möglichkeit zum Umsteigen zu geben. Am besten geht das mit gemeinschaftlichen Lösungen. Beispiel Heizung: Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus. Trotzdem werden manche die brauchen. Dann gilt: Die, die es brauchen, bekommen so viel, wie gebraucht wird.

Wir haben das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 fest im Blick. Die Erderwärmung können wir als Weltgemeinschaft nur gemeinsam reduzieren und wollen dies mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und der Notwendigkeit der sozialen Tragfähigkeit verbinden. So sichern wir Akzeptanz und erhalten Chancen auf wirtschaftliches Wachstum. Wir unterstützen weltweit beim Klimaschutz, setzen auf Technologie- und Wissenstransfer mit Innovationen „Made in Germany“ und denken Klimaschutz mit Klimaschutz und Klimaanpassung ganzheitlich. Der nachhaltige Umgang mit dem Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen. Dafür setzen wir auf den Emissionshandel mit sozialem Ausgleich.

Ambitionierter Klimaschutz ist Verpflichtung unserer Politik. Wir wollen ein gutes Leben heute und in Zukunft sichern und die Auswirkungen der Klimakrise so weit wie irgend möglich eindämmen. Dazu erarbeiten wir seit Jahren umfangreiche sozial gerechte Vorschläge für eine klimaneutrale Gesellschaft: 100 % erneuerbare Energien, klimaneutrales Wohnen durch Gebäudesanierung und erneuerbare Wärme, klimaneutraler Verkehr durch Ausbau des ÖPNV und der E-Mobilität sowie nachhaltige Landwirtschaft und vieles mehr. Unser Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz schützt die Menschen, das Klima und die Biodiversität gleichermaßen durch die Wiederherstellung von Mooren und Auen sowie die Bildung von Schwammlandschaften und grünen Schwammstädten.

14

RENTE

» Wie wollen Sie das Rentensystem so gestalten, dass es fair für alle Generationen und solidarisch ist und auch in Krisen funktioniert? «



Unsere gesetzliche Rentenversicherung ist eine solidarische Lösung für alle. Sie bietet Sicherheit im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege werden rentensteigernd anerkannt. Wer lange Beiträge gezahlt hat, muss auf Sicherheit im Alter vertrauen können. Wenn die Renten heute im Verhältnis zu den Lohneinkommen gekürzt werden, betrifft das insbesondere die heute Jungen. Deshalb will die SPD das heutige Rentenniveau stabilisieren. Entscheidend für gute Renten mit vertretbaren Beitragssätzen auch in der Zukunft ist, dass die heute und in Zukunft arbeitenden Menschen höhere Löhne durch gute Tarifverträge bekommen und das wir auch in Zukunft einen hohen Beschäftigungsstand haben.

Wenn die Wirtschaft gut läuft und es den Unternehmen gut geht, steigen die Löhne und mehr Menschen zahlen mehr Beiträge in die Rentenversicherung ein. Das ist gut für eine stabile gesetzliche Rente. Wir spielen Jung und Alt nicht gegeneinander aus. Wir wollen Generationengerechtigkeit bei der Rente. Wir wollen eine neue Frühstart-Rente einführen. Junge Menschen sollen möglichst früh selbst kapitalgedeckt vorsorgen. So entwickeln sie ein Bewusstsein für Altersvorsorge und Kapitalbildung. Deshalb werden wir für jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr pro Monat 10 Euro in ein kapitalgedecktes Altersvorsorgegeld einzahlen. Das kann jeder dann selbst fortführen und weiter für die Rente sparen.

Alle Menschen sollen im Alter gut und selbstbestimmt leben und auf ihre Altersvorsorge vertrauen können. Das gilt für heutige und zukünftige Generationen, erst recht für jene, die jetzt in die Rentenversicherung einzahlen. Mit mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, besseren Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, qualifizierter Zuwanderung und gesunden Arbeitsbedingungen für ältere Beschäftigte stärken wir die Rentenfinanzierung. Für die private und betriebliche Altersvorsorge führen wir einen öffentlichen verwalteten und nachhaltigen Bürger*innenfonds ein, der die Vorteile des Kapitalmarktes fair, transparent und kostengünstig für alle erschließt.

15

MOBILITÄT

» Was wollen Sie unternehmen, damit alle jungen Menschen einen flächendeckenden, bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nutzen können? «




Wir werden das Deutschlandticket dauerhaft anbieten und dafür sorgen, dass es günstig bleibt – zusammen mit den Ländern. Wir als SPD haben ein rabattiertes Deutschlandticket für Studierende durchgesetzt und ein preiswertes Jobticket für Auszubildende möglich gemacht. Jetzt wollen wir ein vergünstigtes Deutschlandticket für wirklich alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden und Studierenden einführen. Ganz wichtig ist aber auch: Wir brauchen mehr Bus- und Bahnlinien und sie müssen häufiger fahren, in der Stadt und besonders auch auf dem Land. Dafür geben wir dauerhaft mehr Geld aus, gemeinsam mit Ländern und Kommunen. Und wir reaktivieren stillgelegte Bahnstrecken. Auch wer nicht Auto fahren kann oder möchte, muss richtig gut mobil sein.

Wichtig ist ein bedarfsgerechter und zukunftsfester öffentlicher Personennahverkehr. Dazu gehören auch eine zuverlässige und robuste Infrastruktur sowie ein attraktives Angebot in Stadt und Land. Bei der Finanzierung des ÖPNV wollen wir eine neue Transparenz schaffen und eine auskömmliche Finanzierung sichern. Darüber hinaus setzen wir uns für einen bezahlbaren Führerschein ein, um jungen Menschen gerade auch auf dem Land eine ausreichende Mobilität zu ermöglichen.

Mit dem Deutschlandticket haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür gesorgt, dass Bus- und Bahnfahren für viele Menschen in ganz Deutschland deutlich günstiger und einfacher wird. In vielen Bundesländern wird das Deutschlandticket als Schüler*innenticket angeboten, was wir ausdrücklich begrüßen und weiter fördern. Zudem machen wir uns dafür stark, dass künftig Kinder und Jugendliche auf dem Deutschlandticket kostenlos mitgenommen werden können. Hinzukommen muss der Ausbau des Bus- und Bahnverkehrs. Hierfür wollen wir Bundesmittel weiter erhöhen und dafür sorgen, dass in der Fläche künftig On-Demand-Shuttles ein dichtes ÖPNV-Netz schaffen. Zudem wollen wir für Azubis den Führerscheinwerb fördern.



Verantwortlich:
Deutscher Bundesjugendring e.V.
Mühlendamm 3
10178 Berlin
u18.org | dbjr.de



Warum steht hier nichts?
Die AfD hat trotz mehrfacher Erinnerung bis zur Finalisierung der Broschüre keine Antworten auf die U18-Jugendfragen gegeben.

Zusammenfassungen der Wahlprogramme dieser sieben Parteien durch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg



Dieses Plakat muss sich aus Platzgründen auf die Antworten weniger Parteien bzw. politischen Vereinigungen beschränken. Dafür wurden ausgewählt, die im 20. Deutschen Bundestag als Fraktion oder Gruppe vertreten sind. Außerdem wären diejenigen Parteien hinzugekommen, die bei der Sonntagsfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 10.01.2025 zusätzlich über der 5-Prozent-Hürde gelegen hätten.

Die Rückmeldung der weiteren Parteien und politischen Vereinigungen, die zur Bundestagswahl antreten, sind unter: www.u18.org zu finden.

Weshalb diese Themen?

Die ausgewählten Fragen beziehen sich auf Themen, die junge Menschen in unterschiedlichen Settings an das U18-Team und den Deutschen Bundesjugendring (DBJR) herangetragen haben. Die Fragen enthalten, was junge Menschen in Bezug auf die bevorstehende Bundestagswahl sowie die Arbeit eines neuen Bundestages und einer neuen Bundesregierung bewegt.



Wir finden: Junge Menschen sollen als mündige Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können! Darum setzen wir uns dafür ein, das Wahlalter bei der Bundestagswahl auf 16 Jahre zu senken – so wie es schon bei der Europawahl möglich ist. Es geht um ihre Zukunft, also ist es nur fair, dass junge Menschen mitbestimmen. Gleichzeitig müssen alle die Chance haben, sich politisch zu informieren und einzubringen. Deshalb wollen wir die politische Bildung in der Schule stärken und mehr Gelegenheiten schaffen, bei denen junge Menschen Gehör finden. Junges Engagement zählt – für eine starke Demokratie!

Wir wollen, dass jede und jeder die besten Voraussetzungen hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Deshalb machen wir uns stark für gute Bildung – von der Kita bis zur Berufsausbildung. Unser Startchancenprogramm sorgt für bessere Ausstattung an Schulen, besonders dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Mit mehr und besseren Angeboten zur Berufsorientierung wie Azubi-Botschaftern und Jugendberufsagenturen sowie einem elternunabhängigen BAföG wollen wir dabei helfen, den eigenen Weg zu gehen. Wir setzen uns auch dafür ein, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und das Wahlalter auf 16 zu senken – und so die Stimme junger Menschen zu stärken. Initiativen wie Jugendparlamente unterstützen wir, um Partizipation und demokratisches Engagement zu fördern.

Jugendtreffs, Workshops oder politische Bildung: Solche Angebote machen das Leben vielfältiger und geben Jugendlichen Raum, sich auszuprobieren. Wir Freie Demokraten schätzen die Arbeit der Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Sie hat große Bedeutung für die Teilhabe junger Menschen. Wir wollen, dass der Kinder- und Jugendplan des Bundes beibehalten wird, damit solche Projekte ausreichend Geld und weniger Bürokratie haben. Diese Förderung wollen wir daher fortsetzen und haben sie in den Haushaltsverhandlungen auch wiederholt als Priorität markiert. So können Jugendliche von spannenden Angeboten profitieren und ihre Interessen vertreten.

Du willst dich engagieren, ohne dass dir dabei Steine in den Weg gelegt werden? Genau das wollen wir auch. Wir setzen uns dafür ein, dass Freiwilligendienste wie FSJ oder FÖJ einfacher zugänglich und besser organisiert werden – und damit gut auf den Beruf vorbereiten können. Wichtig ist uns, dass alle Altersgruppen mitmachen können. Einen Pflichtdienst lehnen wir ab. Denn wir wollen nicht in eure Freiheit eingreifen. Bürokratie und Haftungsrisiken für Ehrenamtliche wollen wir senken, damit sich alle voll auf ihr Engagement konzentrieren können. Ein Vereinslotse soll helfen, alle trotzdem notwendigen Regeln zu verstehen. Ein vergünstigtes Deutschlandticket für Engagierte ist in erster Linie Sache der Bundesländer. Wenn dort die Finanzierung stimmt, spricht grundsätzlich nichts dagegen.

Demokratie lebt vom Engagement. Vereine, Parteien und Initiativen, die sich für unsere freie Gesellschaft einsetzen, müssen gestärkt und geschützt werden. Wir wollen starke Sicherheitsbehörden, die zugleich deine Freiheitsrechte respektieren – einen Überwachungsstaat gibt es mit uns nicht! Radikalisierung, egal ob online oder offline, muss verhindert werden. Das Problem der islamistischen Influencer im Netz haben wir dabei streng im Blick und wollen hier alle Mittel des Strafrechts nutzen. Klar ist zugleich auch: Der Schlüssel für eine stabile Demokratie ist Bildung und Aufklärung.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen ein aktives Wahlrecht ab 16. Junge Menschen übernehmen in vielen Lebensbereichen Verantwortung. Deshalb sollten sie die Chance haben, auch an der Wahlurne gehört zu werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, Kinderrechte wie das Recht auf Bildung ins Grundgesetz aufzunehmen. Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung soll die Eingliederungshilfe unabhängig vom Einkommen der Eltern funktionieren – für eine bessere Teilhabe und Inklusion.

Europa lebt von offenen Grenzen – ob beim Reisen oder dem Handel. Aktuell macht der Migrationsdruck Grenzkontrollen an den deutschen Landesgrenzen nötig. Denn wir brauchen mehr Ordnung und Kontrolle in der Migration. Umso wichtiger sind klare und faire Regeln an den EU-Außengrenzen, um die irreguläre Migration ins Ansatz zu stoppen und zugleich Menschen in Not zu helfen. Deshalb wollen wir etwa Asylzentren an der EU-Außengrenze einrichten und die Grenzagentur Frontex stärken. Das ist der beste Weg, um den freien Personenverkehr im Schengen-Raum wieder vollumfänglich zu ermöglichen. Bei der Migration ist zugleich klar: Wir brauchen Einwanderung von klugen Köpfen, die hier arbeiten möchten. Ein Einwanderungsgesetzbuch soll das einfacher machen.

Wir finden es unfair, dass künftige Generationen für heutige Schulden zahlen sollen. Deshalb halten wir uns an die Schuldenbremse, die fest in unserem Grundgesetz steht. Sie ist gelebte Generationengerechtigkeit. Ein Staat wie Deutschland muss es schaffen, seine Grundaufgaben wie Investitionen in Infrastruktur und Bildung aus seinen Staatseinnahmen zu stemmen – ohne immer mehr Schulden aufzunehmen. Der Staatshaushalt umfasst fast 500 Milliarden Euro. Das zeigt: Wir haben kein Einnahmeproblem. Mit weniger Bürokratie, gezielten Investitionen und einem effizienten Staat können wir genug Geld für Bildung, Infrastruktur und Jugendangebote bereitstellen. So bleiben wir fair gegenüber der Zukunft.

Egal ob Ausbildung oder Studium – jede und jeder soll gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Mit Programmen wie einem beruflichen Orientierungsjahr, Azubi-Botschaftern oder einem flexiblen BAföG nicht nur für Studenten machen wir dir den Einstieg leichter. Die berufliche Bildung wollen wir mit mit starken Jugendberufsagenturen, Bildungszentren und mehr Stipendien modernisieren und innovativer machen. Auch international wollen wir mehr Möglichkeiten schaffen: mit Programmen wie Erasmus+ für Auszubildende. Und faire Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen? Ganz klar: Die gibt es nur mit starken Unternehmen! Dafür brauchen wir eine echte wirtschaftliche Erneuerung in unserem Land.



Die Linke will Jugendbeteiligung auf allen politischen Ebenen stärken, indem wir echte Mitspracherechte schaffen – denn die Politik wird immer noch von den Alten dominiert. Wir wollen Wahlrecht ab 16 Jahren, damit junge Menschen direkt mitbestimmen können. Wir wollen Jugendparlamente, Jugendräte und anderen Beteiligungsformate fördern: Sie müssen finanziell besser ausgestattet und ernsthaft in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Wenn Gesetzesvorhaben junge Menschen betreffen, müssen junge Menschen dazu auch angehört und eingebunden werden. Unsere Vision ist eine Politik, die junge Perspektiven ernst nimmt und ihnen echte Einflussmöglichkeiten gibt.

Die Linke unterstützt eigenständige Jugendpolitik. Wir werden dafür weiter Druck auf die anderen Parteien machen. Um die eigenen Interessen von Jugendlichen vertreten zu können, müssen Jugendliche an Politik teilnehmen können – dafür braucht es Zeit. Der Schullalltag wird immer stressiger und viele junge Menschen müssen noch arbeiten, weil sonst das Geld nicht reicht. 22% der Jugendlichen sind von Armut betroffen. Die Ampel hat ihr Versprechen einer Kindergrundsicherung nicht gehalten. Wir wollen, dass Kinder und Jugendlichen keine Geldsorgen haben müssen. Außerdem wollen wir mehr Freiräume: Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen und Bibliotheken sollen überall wohnortnah und kostenfrei sein.

Die Linke setzt sich dafür ein, die Finanzierung über den sogenannten KJP deutlich zu erhöhen, um Jugendverbände, Freizeiteinrichtungen und Projekte nach ihren Bedarfen zu fördern. Es braucht einen Inflationsausgleich, damit Jugendverbände ihre Kosten decken können. Wir wollen niedrigschwellige, barrierefreie und wohnortnahe Angebote für alle Kinder und Jugendlichen. Diese müssen dauerhaft finanziert werden – das müssen die Kommunen und Länder leisten können. Viele Rechte von Jugendlichen – zum Beispiel auf kulturelle Selbstbestimmung – können nicht realisiert werden, weil die Kommunen gerade mal das Nötigste an Versorgung anbieten. Die Bedürfnisse junger Menschen müssen in die Planung und Weiterentwicklung der Jugendhilfe einfließen.

Die Linke lehnt einen Pflichtdienst (und natürlich auch den Wehrdienst) ab. Ehrenamt muss freiwillig sein. Stattdessen wollen wir Freiwilligendienste ausbauen und finanziell besser unterstützen, damit sie für alle zugänglich sind, unabhängig vom Einkommen. Ein vergünstigtes Deutschland-Ticket für junge Menschen und dessen Integration in die Jugendleiter*innen-Card (Juleica) unterstützen wir. Im Nahverkehr sollen Kinder und Jugendliche zum Nulltarif fahren. Um das ehrenamtliche Engagement zu stärken, fordert Die Linke außerdem eine stärkere finanzielle Unterstützung für Jugendverbände und eine bessere Anerkennung des Ehrenamts. Junge Menschen müssen flexibler über ihre Zeit bestimmen können – zum Beispiel durch flexiblere Schul- oder Arbeitszeiten.

Die Linke unterstützt Organisationen und Menschen, die sich für demokratische Werte einsetzen und Rechtsextremismus bekämpfen. Wir wollen zivilgesellschaftliche Initiativen wie Bildungsprojekte, Antidiskriminierungsarbeit, antifaschistische Gegenkultur und Programme gegen Rechtsextremismus dauerhaft fördern und finanziell absichern. Das schreiben wir in einem Demokratiefördergesetz fest. Demokratische Organisationen wie Attac und Campact müssen wieder als gemeinnützig anerkannt werden. Um die demokratische Grundordnung langfristig zu sichern, wollen wir mehr Mitbestimmung für alle schaffen – in der Schule, in der Uni und im Betrieb. Wir treten überall gegen Hass und Hetze ein und wollen Engagierte besser vor Bedrohungen und Gewalt schützen.

Die Linke fordert Wahlalter ab 16 Jahren (für alle Wahlen), damit junge Menschen frühzeitig politisch mitbestimmen können. Die Perspektiven und Anliegen junger Menschen werden in den überalterten Parlamenten dringend gebraucht. Kinderrechte wollen wir im Grundgesetz verankern und ihnen mehr Gewicht in der politischen Praxis geben. Dazu gehört der Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe, Schutz vor Gewalt und bestmögliche Entfaltung. Deswegen wollen wir eine echte Kindergrundsicherung und Freiräume stärken, in denen Kinder und Jugendliche selbstbestimmt zusammen sein können: Jugendzentren, Schwimmbäder, Bibliotheken, Skateparks, öffentliche Sportplätze, etc.

Die Linke setzt sich für ein soziales, solidarisches Europa ein, in dem die Rechte aller Menschen respektiert werden und sich alle frei bewegen können. Die Grenzkontrollen im Schengen-Raum müssen sofort beendet werden. Wir machen die Geflüchteten nicht zu Sündenböcken für hohe Mieten oder schlechte Gesundheitsversorgung - wie die anderen Parteien es tun. Wir verteidigen die Grund- und Menschenrechte! Wir wollen legale und sichere Fluchtwege schaffen, statt auf Abschottung zu setzen. Frontex soll abgeschafft und durch zivile Seenotrettung ersetzt werden. Migration sehen wir als Chance: Wir wollen gleiche Rechte für alle, unabhängig von Herkunft oder Pass. Dies meint den Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Rechten und Unterstützung bei der Integration.

In der Schule tropft es von der Decke, das Schwimmbad muss schließen und die Bahn kommt, wenn überhaupt, dann zu spät. In Deutschland wird zu wenig investiert. Gleichzeitig werden Multimillionäre und Milliardäre immer reicher. Geld ist also da. Die Steuern für die Reichen wurden von den anderen Parteien immer weiter gesenkt. Wir wollen die Vermögenssteuer wiedereinführen, mit einem extra-Steuersatz für Milliardäre (12%). So sorgen wir für mehr soziale Gerechtigkeit und haben das Geld, um in Klimaschutz, die Sanierung der Bahn und Schulen zu investieren. Die sogenannte Schuldenbremse ist in Wahrheit eine Investitionsbremse für die Zukunft. Wir wollen sie abschaffen: Bildung, Nahverkehr, Digitalisierung, Sport- oder Jugendzentren können, wenn nötig, dann auch mit Krediten finanziert werden.

Die Linke will sicherstellen, dass alle jungen Menschen gerechte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen erhalten. Wir fordern eine Ausbildungsgarantie, die jungen Menschen eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Ausbildungsstelle garantiert. Ausbildungsvergütungen sollen deutlich erhöht und bundesweit einheitlich geregelt werden. Außerdem setzen wir uns für eine Übernahmegarantie nach der Ausbildung ein. Im Arbeitsleben wollen wir den Mindestlohn auf mindestens 15 Euro anheben und tarifliche Bindungen stärken, damit Löhne fair und gerecht sind. Befristete Verträge ohne sachlichen Grund wollen wir abschaffen, um jungen Menschen eine sichere Zukunft zu ermöglichen. Soziale Absicherung und Mitbestimmung stehen für uns im Mittelpunkt.



Junge Menschen sind in politische Entscheidungsprozesse, die sie unmittelbar betreffen, zu wenig eingebunden. Ein gutes Beispiel hierfür war der Umgang mit ihnen während der Corona-Krise. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Wir wollen Mitgestaltungsrechte von Jugendlichen auf allen Ebenen ausbauen und setzen uns für eine Institutionalisierung von Beteiligungsstrukturen ein. Die zahlreichen Jugendverbände müssen hierfür gestärkt werden. Zudem brauchen wir in der Schule eine Ausweitung von Mitbestimmungsrechten. Wir wollen eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Die Teilhabe von jungen Menschen an politischen Entscheidungsprozessen muss unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihres Wohnortes gestärkt werden.

Eine wirksame eigenständige Jugendpolitik umfasst die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Jugendarbeit, der Jugendverbands- und der Jugendsozialarbeit, die Mitbestimmung und Einbeziehung von Jugendlichen auf allen Ebenen sowie die Berücksichtigung derer Interessen und Bedürfnisse. Wir wollen, dass Jugendpolitik als ein selbstständiges Politikfeld mit einem eigenen Selbstverständnis etabliert wird. Benachteiligte Jugendliche müssen stärker in den Fokus der eigenständigen Jugendpolitik rücken. Anstatt Geld für Rüstung und Kriege auszugeben, wollen wir sicherstellen, dass die Angebote der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit ausgeweitet werden und nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Angebote der Jugendsozialarbeit sowie außerschulische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit dürfen nicht abgebaut, sondern müssen aufgebaut werden. Wir brauchen eine bedarfsgerechte finanzielle Absicherung und Erhöhung der Kinder- und Jugendhilfe. Weggefallene Strukturen der Jugendsozialarbeit und der Kinder- und Jugendarbeit müssen wiederaufgebaut werden. Zudem muss der Sanierungsstau in den entsprechenden Einrichtungen aufgelöst werden. Hierzu wollen wir ein Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“ aufliegen. Der Bund muss sich aus unserer Sicht künftig an den Kosten beteiligen. Die Förderung der Jugendverbände muss nicht nur sichergestellt, sondern ausgeweitet werden. Eine Aufstockung des KJPs ist erforderlich.

Das Ehrenamt ist für uns eine zentrale Säule unserer Gesellschaft, weshalb wir es künftig gezielter fördern und unterstützen werden. Freiwilligendienste sind hierbei wichtige Orientierungsprogramme für junge Menschen und leisten einen wertvollen bildungspolitischen Beitrag. Sie sollten für alle Jugendlichen zugänglich sein. Deshalb müssen benachteiligte Jugendliche mehr Unterstützung erhalten, um den Zugang zu erleichtern. Teilnehmer an Freiwilligendiensten sollten insgesamt mehr Anerkennung für ihr Engagement erhalten und zusätzlich den ÖPNV gebührenfrei nutzen können. Wir wollen, dass der freiwillige Charakter der Freiwilligendienste erhalten bleibt.

Gerade in existenziellen Fragen sollte der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, direkt zu entscheiden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass in wichtigen Fragen Volksentscheide ermöglicht werden. Demokratie kann nur funktionieren, wenn Lobbyismus und die Einflussnahme privater Unternehmen auf Gesetze und staatliches Handeln zurückgedrängt werden. Für das Zusammenleben in einer Demokratie ist es wichtig, dass Menschen ihre Meinung frei sagen und dass Debatten offen stattfinden können. Wir fordern die Beendigung der Finanzierung von Projekten, Programmen und Organisationen, die den öffentlichen Diskurs beeinflussen sollen und für bestimmte politische Meinungen stehen.

Wir halten an der Regelung, ab der Volljährigkeit bei Bundestagswahlen wählen und selbst kandidieren zu können, fest. Wir wollen, dass endlich die Rechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden und setzen uns daher für eine Verankerung im Grundgesetz ein.

Um Asyl- und Prüfverfahren zum Schutzstatus Geflüchteter an den EU-Außengrenzen durchführen zu können sowie um skrupellosen Schlepperbanden das Handwerk zu legen, ist eine engere europäische Zusammenarbeit notwendig. Wir wollen, dass die Prüfverfahren strikt nach rechtsstaatlichen Kriterien durchgeführt werden, denn wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl für wirklich Schutzbedürftige, wollen aber zugleich die unkontrollierte Einwanderung in die EU beenden. Dies gilt auch für die sogenannten „Migrationspartnerschaften“ der EU mit Drittstaaten. Grundsätzlich wollen wir Migration stärker regulieren und begrenzen. Wir können nur so viele Menschen aufnehmen, wie wir auch integrieren können.

Um Deutschland wieder zukunftsfähig zu machen, müssten in den kommenden zehn Jahren etwa 600 Milliarden Euro zusätzlich investiert werden; u.a. in den Erhalt und Umbau der Industrie, des Energie- und Verkehrssektors. Das BSW will zudem eine Infrastruktur-Garantie für die öffentliche Daseinsvorsorge in Deutschland; dazu gehören auch massive Investitionen zur Verbesserung der Bildungs-, Kultur- und andere Angebote, die wir im Rahmen unseres Programms „Kinder und Bildung“ umsetzen wollen. Investitionen in dem Umfang müssen kreditfinanziert werden. Um der öffentlichen Hand die nötigen Spielräume zu geben, fordert das BSW eine grundlegende Reform der Schuldenbremse, die eine Investitions- und Wachstumsbremse ist.

Wir wollen, dass jedem jungen Menschen das Recht auf einen Ausbildungsplatz garantiert wird. Mit einem bundesweiten Praktikumskonzept sollen Unternehmen in enge Kooperation mit den Schulen kommen. Berufsschulen müssen modernisiert und besser ausgestattet werden. Zur Schaffung von mehr Ausbildungsqualität und zur Stärkung der Rechte von Auszubildenden muss das Berufsbildungsgesetz (BBiG) novelliert werden. Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn unverzüglich auf 15 Euro anheben. Wir wollen eine deutlich höhere Tarifquote für Deutschland erreichen, indem wir unter anderem durchsetzen wollen, dass öffentliche Aufträge und Subventionen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen.

| | | | |
|--|--|---|---|
| <p>Erneuerung in unserem Land.</p> | <p>Alle jungen Menschen sollen die gleichen Chancen haben. Wir wollen Kitas und Schulen so gestalten, dass jeder mitmachen kann. Gleichzeitig bleiben Förderschulen für viele Kinder wichtig, um das Lernen im eigenen Tempo zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, Lehrerinnen und Lehrer im Bereich Inklusion noch besser auszubilden. In der Gesellschaft stärken wir Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung – für mehr Verständnis, Toleranz und Chancen im Leben. Für uns ist auch klar: Die Hilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.</p> | <p>Die Linke setzt sich für echte Inklusion ein: Wir fordern barrierefreie Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen. Lehrkräfte und Fachpersonal sollen besser ausgebildet und mehr Sonderpädagog*innen eingestellt werden. Die Gemeinschaftsschule mit Ganztagsangeboten soll zur Regelschule werden. Mit kleineren Klassen. In der Kinder- und Jugendhilfe streben wir an, dass inklusive Angebote die Regel werden. Dazu gehört ausreichend Geld und verbindliche Standards. Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen – mit und ohne Behinderung – gleiche Möglichkeiten zur Teilhabe und persönlichen Entwicklung zu ermöglichen. Wir wollen Betriebe verpflichten, mehr Menschen mit Behinderungen einzustellen und inklusive Betriebe besser fördern. Menschen in Werkstätten sollen ebenfalls den Mindestlohn erhalten.</p> | <p>Unser Ziel ist es, eine inklusive Gesellschaft zu fördern, in der alle Akteure einen Beitrag zur gemeinsamen Zukunft leisten können. Eine inklusive Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe ist nach mehr als zehn Jahren nach der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland längst überfällig. Jungen Menschen mit Behinderungen und ihren Familien ist ein gleichberechtigter Zugang zu den Angeboten und Leistungen dieses Hilfesystems endlich zu gewähren. Hierzu sind mehr Personal und finanzielle Mittel notwendig.</p> |
| <p>Wir wollen Armut bestmöglich bekämpfen und für beste Aufstiegschancen unabhängig vom Elternhaus sorgen. Deshalb setzen wir auf einfache und schnelle Hilfen für Familien. Mit einem digitalen Kinderchancenportal könnten Eltern alle Leistungen unbürokratisch beantragen. Zugleich wollen wir Kitas und Horte ausbauen, um den Eltern Freiräume für die eigene Arbeit zu schaffen. Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler unterstützen wir gezielt mit dem von uns auf den Weg gebrachten Startchancen-Programm. Wir wollen, dass Familien Betreuungskosten (z. B. Kita-Kosten) besser von der Steuer absetzen können. Alle jungen Menschen sollen die besten Chancen für Glück und Erfolg haben – unabhängig vom Elternhaus.</p> | <p>Wir wollen Armut bestmöglich bekämpfen und für beste Aufstiegschancen unabhängig vom Elternhaus sorgen. Deshalb setzen wir auf einfache und schnelle Hilfen für Familien. Mit einem digitalen Kinderchancenportal könnten Eltern alle Leistungen unbürokratisch beantragen. Zugleich wollen wir Kitas und Horte ausbauen, um den Eltern Freiräume für die eigene Arbeit zu schaffen. Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler unterstützen wir gezielt mit dem von uns auf den Weg gebrachten Startchancen-Programm. Wir wollen, dass Familien Betreuungskosten (z. B. Kita-Kosten) besser von der Steuer absetzen können. Alle jungen Menschen sollen die besten Chancen für Glück und Erfolg haben – unabhängig vom Elternhaus.</p> | <p>Die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut ist eine zentrale Aufgabe für Die Linke. Wir fordern eine Kindergrundsicherung, die wirklich vor Armut schützt. Diese soll aus einem Kindergeld von 350 Euro für alle, einem altersgestaffelten Kinderzuschlag von bis zu 353 Euro für Familien mit geringem Einkommen sowie der Übernahme von Unterkunftskosten und besonderen Bedarfen wie Klassenfahrten bestehen. Gleichzeitig wollen wir Bildung und Freizeitangebote gebührenfrei machen, z. B. Kitas, Musikschulen und Sportvereine. In Schulen und Kitas sollen alle kostenfreies, hochwertige Mittagessen bekommen. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gleiche Chancen auf ein gutes und sicheres Leben zu ermöglichen.</p> | <p>Jedes fünfte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet, noch viel mehr sind von sozialer Ausgrenzung bedroht. Kinderarmut ist immer auch Elternarmut und lässt sich u.a. durch höhere Löhne und eine bessere soziale Absicherung im Falle von Krankheit und Arbeitslosigkeit bekämpfen. Mit einem Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“ wollen wir in eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Infrastruktur investieren. Wir fordern einen niedrigschwelligen und wohnortnahen Zugang zu Angeboten wie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Sportstätten oder Musikschulen. Das gilt besonders für die Orte und Gegenden, wo arme Familien leben. Wir wollen eine armutsfeste Kindergrundsicherung einführen.</p> |
| <p>Du sollst so leben können, wie du willst – in Freiheit und ohne Diskriminierung. Wir wollen queere Jugendliche stärker schützen und die öffentliche Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verbessern. Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen müssen ausgebaut werden. Deshalb werden wir den Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ fortsetzen und die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld finanziell besser ausstatten.</p> | <p>Du sollst so leben können, wie du willst – in Freiheit und ohne Diskriminierung. Wir wollen queere Jugendliche stärker schützen und die öffentliche Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verbessern. Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen müssen ausgebaut werden. Deshalb werden wir den Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ fortsetzen und die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld finanziell besser ausstatten.</p> | <p>Die Linke setzt sich für die Selbstbestimmung junger Menschen, insbesondere queerer Jugendlicher, ein. Wir wollen den Diskriminierungsschutz ausweiten und queere Rechte stärken. Wir fördern queere Jugendprojekte, Beratungsstellen und Schutzräume, damit junge Menschen Unterstützung finden. In Schulen muss sexuelle und geschlechtliche Vielfalt selbstverständlicher Teil des Unterrichts sein, um Akzeptanz und Verständnis zu stärken. Dazu gehören auch Projektstage mit queeren Organisationen. Familie ist, wo Menschen soziale Verantwortung füreinander übernehmen – unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Regenbogenfamilien sollen dieselben Rechte haben. Ziel ist eine Gesellschaft, in der junge Menschen frei und ohne Angst sie selbst sein können.</p> | <p>Wir wollen, dass jeder junge Mensch die gleichen Chancen auf Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit und ein glückliches Leben hat. Dazu gehört auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Kein Mensch sollte Diskriminierungserfahrungen machen. Wir sehen allerdings mit Sorge, dass Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie oftmals unhinterfragt körperverändernde Maßnahmen nahegelegt werden. Es ist zu hinterfragen, warum bspw. viele Mädchen in der Pubertät mit ihrem Körper hadern. Wir brauchen mehr Unterstützungsmaßnahmen, um das Selbstwertgefühl und die Identitätsentwicklung von Kindern und Jugendlichen zu stärken, damit diese ein positives Verhältnis zu ihrem Körper aufbauen können.</p> |
| <p>Klimaschutz ist wichtig – und gelingt auch ohne Verbote und Bevormundung. Mit neuen Technologien wie zum Beispiel dem Speichern von CO2 können wir die Klimaziele von Paris erreichen und gleichzeitig deinen Alltag erleichtern. Der Emissionshandel sorgt dafür, dass CO2 dort eingespart wird, wo es am günstigsten möglich ist. Dieses System wollen wir auf alle klimabelastenden Bereiche und auch international ausweiten. Zusätzliche Regulierungen wollen wir abschaffen. Ein großer Vorteil: einzelne Technologien, wie der Verbrennungsmotor, müssen nicht umständlich verboten werden! Dies hält den Weg für Innovationen und verbesserte Technologien offen.</p> | <p>Klimaschutz ist wichtig – und gelingt auch ohne Verbote und Bevormundung. Mit neuen Technologien wie zum Beispiel dem Speichern von CO2 können wir die Klimaziele von Paris erreichen und gleichzeitig deinen Alltag erleichtern. Der Emissionshandel sorgt dafür, dass CO2 dort eingespart wird, wo es am günstigsten möglich ist. Dieses System wollen wir auf alle klimabelastenden Bereiche und auch international ausweiten. Zusätzliche Regulierungen wollen wir abschaffen. Ein großer Vorteil: einzelne Technologien, wie der Verbrennungsmotor, müssen nicht umständlich verboten werden! Dies hält den Weg für Innovationen und verbesserte Technologien offen.</p> | <p>Die Linke steht für sozial gerechten Klimaschutz: Um die Klimaziele einzuhalten, fordern wir u.a. den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien und eine Mobilitätswende: mit weniger Autoverkehr und dafür viel mehr Bus und Bahn. Klimaschädliche Hobbys der Superreichen wie Privatjets und Megajachten wollen wir verbieten. Konzerne, die Profite auf Kosten des Klimas machen, müssen zur Finanzierung des Klimaschutzes herangezogen werden, etwa durch eine Übergewinnsteuer. Junge Menschen schützen wir vor steigenden Preisen: Wir machen den Nahverkehr kostenlos und senken Energiekosten durch soziale Tarife. Unser Ziel: eine gerechte, nachhaltige Wirtschaft, die uns allen ein besseres Leben ermöglicht und dabei die natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert.</p> | <p>Wir brauchen eine durchdachte Klima- und Umweltpolitik, die den Klimawandel ernst nimmt, aber sich nicht in planlosem Aktivismus verrennt und dabei sinnlos Steuergeld verbrennt. Effiziente Mischtechnologien dürfen nicht zugunsten von extrem teuren und vielfach unrealistischen Projekten mit 100% erneuerbarer Energie ausgeschlossen werden. Die Erforschung und Entwicklung neuer klimaschonender Technologien muss gefördert werden. Der größte Beitrag zum Klimaschutz, den ein Hochtechnologie- und Industrieland wie Deutschland leisten kann, besteht in der Entwicklung von Innovationen und Zukunftstechnologien für eine ressourcenschonende, klimaneutrale und umweltverträgliche Wirtschaft.</p> |
| <p>Wir müssen dafür sorgen, dass junge Menschen auch im Alter gut abgesichert sind. Das aktuelle Vorsorgesystem ist am Anschlag: Immer weniger arbeitende Menschen müssen die Renten für immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren. Deshalb wollen wir ein Update für das deutsche Rentensystem. Ein Teil der Beiträge soll in einen Fonds am Kapitalmarkt fließen, der das Rentenniveau langfristig stabilisiert. Darüber hinaus wollen wir die private Altersvorsorge einfacher für alle machen. Dazu wollen wir Hürden etwa für das Aktiensparen abbauen. Und eine weitere Änderung haben wir vor: Du sollst selbst entscheiden können, wann du in Rente gehst: Früher, wenn du möchtest, oder später mit einer höheren Rente. Flexibilität ist der Schlüssel!</p> | <p>Wir müssen dafür sorgen, dass junge Menschen auch im Alter gut abgesichert sind. Das aktuelle Vorsorgesystem ist am Anschlag: Immer weniger arbeitende Menschen müssen die Renten für immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren. Deshalb wollen wir ein Update für das deutsche Rentensystem. Ein Teil der Beiträge soll in einen Fonds am Kapitalmarkt fließen, der das Rentenniveau langfristig stabilisiert. Darüber hinaus wollen wir die private Altersvorsorge einfacher für alle machen. Dazu wollen wir Hürden etwa für das Aktiensparen abbauen. Und eine weitere Änderung haben wir vor: Du sollst selbst entscheiden können, wann du in Rente gehst: Früher, wenn du möchtest, oder später mit einer höheren Rente. Flexibilität ist der Schlüssel!</p> | <p>Die Linke macht das Rentensystem fair für alle Generationen. Wir haben kein „Generationenproblem“ bei der Rente, sondern ein Gerechtigkeitsproblem. Wir fordern, dass auch Politiker*innen, Beamte und Selbstständige in die Rentenkasse einzahlen. Auch diejenigen, die Einkommen aus Immobilien oder Aktien beziehen. So können wir insgesamt eine höhere Rente ermöglichen, die auch für zukünftige Generationen sicher ist. Gleichzeitig setzen wir uns für eine „Solidarische Mindestrente“ von rund 1.400 Euro ein, die vor Altersarmut schützt. Statt „Arbeiten bis zum Umfallen“ wie andere Parteien fordern, wollen wir, dass jede*r spätestens ab 65 in Rente gehen kann. Wer 40 Jahre gearbeitet hat, bereits ab 60. So wird die Rente krisenfest und solidarisch für alle.</p> | <p>Das BSW fordert die Anhebung der Renten auf ein Niveau von 53%. Wir wollen eine Rentenreform nach österreichischem Modell. Die Einführung einer gesetzlichen einheitlichen Rentenkasse für alle Erwerbstätigen schafft die Basis für existenzsichernde Renten. Wir fordern eine nach Beitragsjahren gestaffelte Mindestrente von 1.200 bis 1.500 Euro. Riskante Spekulationsmodelle wie die „Aktienrente“ lehnen wir ab! Im ersten Schritt wollen wir kurzfristig alle Renten im Schnitt um 120 Euro im Monat anheben, um Inflationsfolgen abzufedern. Das BSW lehnt jede weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters ab. Wir fordern, dass Menschen, die 45 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt haben, mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.</p> |
| <p>Öffentlicher Nahverkehr soll einfach, schnell und bezahlbar sein. Mit dem Deutschlandticket haben wir einen wichtigen Schritt gemacht. Jetzt geht es darum, das Angebot weiter auszubauen. Statt starrer Fahrpläne setzen wir auf flexible Verbindungen, bei denen man auch einfach von einem Verkehrsmittel auf das andere wechseln kann. Digitale Plattformen können dabei helfen, smarte Verbindungen zu schaffen, die du leicht nutzen kannst – auch in ländlichen Regionen und nicht nur einmal am Tag. Denn Mobilität bedeutet Freiheit!</p> | <p>Öffentlicher Nahverkehr soll einfach, schnell und bezahlbar sein. Mit dem Deutschlandticket haben wir einen wichtigen Schritt gemacht. Jetzt geht es darum, das Angebot weiter auszubauen. Statt starrer Fahrpläne setzen wir auf flexible Verbindungen, bei denen man auch einfach von einem Verkehrsmittel auf das andere wechseln kann. Digitale Plattformen können dabei helfen, smarte Verbindungen zu schaffen, die du leicht nutzen kannst – auch in ländlichen Regionen und nicht nur einmal am Tag. Denn Mobilität bedeutet Freiheit!</p> | <p>Die Linke will ein kostenfreies Nahverkehrsticket für Schüler*innen, Azubis und Studierende mit 6 Freifahrten im Fernverkehr. Das Angebot von Bussen und Bahnen wird barrierefrei und stark ausgebaut. In ländlichen Räumen wollen wir, dass jede Stunde, möglichst aber alle 30 Minuten ein Bus oder eine Bahn fährt. Das Fahrrad kann kostenlos mit. Auch in der Nacht soll es gute Verbindungen geben, damit alle auch wieder sicher nach Hause kommen. Wir unterstützen selbstorganisierte Angebote wie zum Beispiel Bürgerbusse. Statt großer Plattformanbieter wollen wir öffentliche und gemeinnützige Carsharing-Angebote schaffen. Das ist bezahlbar: wenn wir die Vermögenssteuer wieder einführen und die Mehrwertsteuer für den ÖPNV abschaffen.</p> | <p>Das BSW fordert, dass der öffentliche Personenverkehr (ÖPNV) flächendeckend zu bezahlbaren Preisen und mit attraktiver Qualität zur Verfügung stehen muss. Auch dazu braucht es erhebliche Investitionen, um Schienennetze oder Straßen zu sanieren, um engere Taktungen im ÖPNV umsetzen zu können (mehr Personal, mehr Züge) und das Angebot insgesamt verbessern zu können. Wir fordern ein integriertes und getaktetes Bahn- und ÖPNV-Konzept nach Schweizer Vorbild. Das Deutschlandticket wollen wir erhalten und für junge Menschen – wie auch für ärmere Mitbürger – wieder bezahlbar machen.</p> |


en. Dafür wurden diejenigen
ien hinzugekommen, die bei
w.u18.org zu finden.



m und
uf die

Durch den Verfassungsschutz beobachtete Parteien

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie die Verfassungsschutzämter der Länder haben unter anderem die Aufgabe, Informationen über verfassungsfeindliche Aktivitäten zu sammeln und auszuwerten. Unter den hier aufgeführten Parteien führt das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD auf Bundesebene derzeit als Verdachtsfall im Bereich „Rechtsextremismus/rechtsextremistischer Terrorismus“. Dieser Verdacht bezieht sich unter anderem auf ihre Vorstellungen einer ethnisch-rassistisch definierten „Volksgemeinschaft“. Darüber hinaus wird die Partei in drei Bundesländern als gesichert rechtsextrem eingestuft, in fünf Ländern als Verdachtsfall und in einem weiteren Bundesland als Prüffall (Stand: Januar 2025). Die anderen hier aufgeführten Parteien werden in den Berichten der Verfassungsschutzämter nicht aufgeführt.



Quelle: Statista Research Department

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Mit freundlicher
Unterstützung: :



Deutscher Bundestag